

Investoren haben Interesse: Rat ebnet Weg für weitere Windräder

In der Verbandsgemeinde Kusel-Altenglan besteht vermehrt Interesse an Flächen für Windräder.

Zwar gibt es neben den bereits ausgewiesenen Flächen nur wenige zusätzliche, die sich für Windkraftgewinnung eignen. Dennoch könnten bald weitere Anlagen entstehen und so mancher Gemeinde zusätzliche Einnahmen bescheren.

VON MICHELLE PFEIFER

KUSEL-ALTENGLAN. Bereits im Mai hatte sich der VG-Rat Kusel-Altenglan darauf verständigt, das Thema Windenergie erneut anzugehen. Hintergrund waren Anfragen von Investoren, die sich vermehrt an Kommunen in der Kreismitte gewandt hatten und Windräder errichten wollten. Da sich die angefragten Flächen für die Anlagen allerdings außerhalb der für Windenergieanlagen ausgewiesenen Flächen befinden, bestehe derzeit keine Möglichkeit, weitere Anlagen zu realisieren, hieß es damals. Der Rat einigte sich darauf, zu überprüfen, ob zusätzliche, sinnvolle Vorrangflächen ausgewiesen werden können.

Drei wesentliche Gründe, die dafür sprechen, nannte Bürgermeister Stefan Spitzer nun in der jüngsten Sitzung des VG-Rates: Energieunab-

hängigkeit, Umweltschutz und Einnahmequellen für Kommunen. Nach dem Beschluss im Mai seien Gespräche mit dem Planungsbüro geführt worden, fast zeitgleich sei außerdem eine Vorstudie der Planungsgemeinschaft Westpfalz zu diesem Thema eingetroffen. Das Ergebnis: In der VG sind nur wenige zusätzliche Flächen für Windkraft geeignet, fasste Spitzer zusammen.

„Müssen nicht über jedes Stöckchen springen“

Auf Grundlage der neuen Erkenntnisse und der Investorenanfragen sei daraufhin eine Liste erstellt worden. Eine größere Fläche, auf der mehrere Windräder entstehen könnten, sei bei Bosenbach, Elzweiler und Welchweiler lokalisiert worden, erläuterte Spitzer. Weitere kleinere Flächen gebe es bei Welchweiler, Ul-

met, im Windpark Bledesberg, Alben und Herchweiler im Ostertal. Die betroffenen Gemeinden hätten den Erweiterungsplänen in ersten Gesprächen grundsätzlich zugestimmt. Ziel sei es, die Gemeinden an den Anlagen finanziell bestmöglich zu beteiligen, so Spitzer. Die Kosten für die Teilfortschreibung übernahmen die Investoren. Im Gegenzug verpflichtete sich der VG-Rat, Projekte, die nach Prüfung tatsächlich realisierbar sind, in den Plan aufzunehmen.

Einzig die AfD-Fraktion sprach sich mit Verweis auf den Naturschutz gegen den Vorschlag aus. Es werde eine Energiewende auf Kosten der Landschaft, des Naturschutzes und des Waldes betrieben, sagte AfD-Fraktionssprecher Jürgen Neu. Für die klammen Kassen vieler Gemeinden seien die möglichen zusätzlichen Einnahmen durch die po-

tenziellen Windräder zwar gut. Jedoch sei es Aufgabe der Landesregierung, die Kommunen vernünftig auszustatten. Unverantwortlich sei es, „welche Schneisen in den Wald geschnitten werden“, erklärte Neu mit Blick auf Herchweiler, wo eine potenzielle Vorrangfläche in den Wald hinein ragen würde. „Wir müssen als VG nicht über jedes Stöckchen springen.“

„Wir haben einen riesigen Energiehunger“

Spitzer erläuterte daraufhin, dass der Flächennutzungsplan lediglich eine planerische Grundlage sei. „Nutzungen, die in Konflikt stehen“, müssten im Auge behalten werden. Das betreffe auch den Naturschutz. Grundsätzlich sei der Wald offen für Windkraft. „Ob sie dort tatsächlich entsteht, ist eine andere Frage“,

führte er etwa mit Verweis auf erforderliche Gutachten aus. Außerdem sei für jede gerodete Waldfläche ein Ausgleich zu erbringen.

„Ich möchte betonen, dass sich die AfD gegen den Wunsch der betroffenen Gemeinden stellt“, sagte CDU-Fraktionssprecher Sebastian Borger. Wenn diese sich nach Abwägen der Vor- und Nachteile für die Erweiterung der Vorrangflächen aussprächen, „warum sollte sich der Rat dann gegen den Wunsch stellen?“, betonte er.

„Wir haben einen riesigen Energiehunger. Durch was soll der denn gestillt werden?“, warf Eckhard Steuer (Grüne) ein. Bei der Windkraft handele es sich „hoffentlich nur um eine Übergangsenergie“, die sich irgendwann zurückbauen ließe. „Mir gefallen sie auch nicht“, sagte er mit Blick auf Windräder und betonte: „Aber sie sind notwendig. Die

Energiewende geht bei uns los.“

Dem schloss sich Thomas Danneck (Votum) an. „Ich bin auch kein Freund von Windrädern. Aber wir stehen mit dem Rücken zur Wand. Warum soll man da nicht zustimmen?“

Ähnlich äußerte sich Klaus Jung (FWG). Er sei vor allem dafür, ältere Windräder zu repowern. „Wir brauchen Energie“, sagte er. „Viele Ortsgemeinden wünschen sich außerdem Nahwärme.“ Windräder hätten seiner Meinung nach mehr Vorteile als PV-Anlagen, die nur zu bestimmten Zeiten größere Mengen Strom produzieren könnten. Letztlich stimmte der Rat bei sechs Gegenstimmen (AfD) für den Vorschlag der Verwaltung, die ermittelten Pläne fortzuschreiben, sofern es keine Hinderungsgründe gibt und die damit verbundenen Kosten von den Investoren übernommen werden.